

# Zeitung vom Lëtzebuenger Vollek



Leitartikel   Nationale Politik   Internationale Politik   Aus den Betrieben   Kultur   Inland

## INTERNATIONALE POLITIK

### Die Abwicklung der DDR-Wirtschaft

Weder durchweg marode noch unproduktiv – und schon gar nicht pleite



In den frühen Morgenstunden des 23. August 1990 beschloß die am 18. März neu gewählte, von der CDU dominierte Volkskammer den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes. Als Beitrittstermin wird der 3. Oktober festgelegt. Der sozialistisch orientierte Staat DDR hörte auf zu existieren. Er wurde politisch, ökonomisch und juristisch in die voll entwickelte kapitalistische BRD integriert.

Das Volk der DDR wurde nie darüber befragt, ob es diesen Beitritt zur BRD wünscht. Das sei besonders denjenigen ins Stammbuch geschrieben, die lautstark über »Annexion« schreien, wenn über 90 Prozent der Bevölkerung der Krim für den Beitritt an Rußland votierten. Die deutschen Ereignisse liegen nunmehr 25 Jahre zurück. Sie sind eingebettet in den gesamten Zerfall sozialistischer Staaten in Europa. Ein Vierteljahrhundert hat dem nunmehr ungebremst agierenden Kapital gereicht, um die Welt nachhaltig zu verändern. Kriege, Hunger, Armut, Flüchtlingsströme, Umweltzerstörung überziehen den Planeten. Die Spaltung der Welt in Arm und Reich hat nie dagewesene Ausmaße erreicht. Das Finanzkapital dominiert die Politik.

In dieser Situation sehen es das Kapital und die ihm hörigen Politiker und Medien als eine ihrer vordringlichsten Aufgaben an, den vor 25 Jahren untergegangenen Sozialismus zu verleumden und zu verunglimpfen. Die DDR war in dieser Terminologie eine »Diktatur«, ein »Unrechtsstaat«, vor allem wird auch behauptet, die Wirtschaft war eine »unproduktive Mangelwirtschaft, marode und pleite.«

#### *Die Wahrheit über die Wirtschaft der DDR*

Wenn man die wirtschaftliche Entwicklung der DDR beurteilen will, muß man die Bedingungen beachten, unter denen sie stattfand. Die Folgen des zweiten Weltkrieges und die Spaltung Deutschlands trafen den Osten Deutschlands besonders hart. Er mußte ohne eigene Rohstoffbasis zunächst die Schwerindustrie (Energie, Metallurgie, Chemie) entwickeln. Das kostete Konsumtion und trieb über 3 Millionen Menschen in den damals bereits durch Marshallplan aufgepöppelten Westen. Die DDR zahlte 92 Prozent der Reparationen für Gesamtdeutschland. Bremer Historiker bezifferten deren

#### Zeitung vom Lëtzebuenger Vollek

Boîte postale 403  
L-4005 Esch-sur-Alzette

#### Die Redaktionsräume

3, rue Zénon Bernard  
L-4030 Esch-sur-Alzette

Tel. : 446066 - 1  
Fax. : 446066 - 66  
Email : [info@zlv.lu](mailto:info@zlv.lu)

#### Ansprechpartner Archiv

#### Kontakt

Name : \*   
Vorname :   
Straße :   
PLZ / Ort :   
E-mail : \*

(\*) Pflichtangaben

**Anfrage senden**

Wert im Jahre 1989 aktuell mit 727 Milliarden DM und begründeten damit berechnete Ausgleichsforderungen der DDR an die BRD. Kohl lehnte selbst bescheidene Forderungen nach 2 Milliarden ab. Er wollte die DDR nicht erhalten, sondern einverleiben. Westliche Embargomaßnahmen und Währungsspekulationen setzten der DDR-Wirtschaft zu.

Unter diesen Bedingungen hat die DDR eine beeindruckende Entwicklung genommen: Die DDR-Wirtschaft entwickelte sich schneller als die der BRD. Im Jahre 1989 war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner gegenüber 1950 in der BRD auf das 4,3-fache, das der DDR (umgerechnet) auf das 6,2-fache gestiegen.

Der Rückstand in der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität gegenüber der BRD wurde dadurch verringert. Zum Zeitpunkt des Anschlusses der DDR an die BRD im Jahre 1989 hatte die DDR (vergleichbar in Euro und BIP umgerechnet) einen Rückstand zur westdeutschen Arbeitsproduktivität von noch 45 Prozent. Zu Beginn des Wettbewerbs der Systeme betrug dieser 65 Prozent.

Im Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung erreichte die DDR 1989 im internationalen Vergleich ein Produktivitätsniveau von 12.700 Euro je Kopf der Bevölkerung (die BRD 22.500 Euro/Kopf). Damit lag sie annähernd gleich auf mit Großbritannien und Italien und deutlich vor Spanien, Griechenland, Portugal.

Die DDR erreichte durch die ökonomische Entwicklung ein Produktions- und Verbrauchsniveau je Einwohner, das auf vielen Gebieten dem der BRD entsprach. In der Ernährung und dem Verbrauch von Alltagsgütern lag es vielfach über dem der BRD, bei technischen Konsumgütern in Quantität und Qualität darunter.

Die DDR hatte zum Zeitpunkt ihrer Angliederung 1989 nur geringe Schulden. In kapitalistischen Ländern war sie mit von 19,9 Mrd. Valutamark (VM) verschuldet, in sozialistischen Ländern – umgerechnet auf gleiche VM – standen Guthaben von 23,3 Mrd. VM gegenüber. Diese wurden von der BRD-Regierung später genutzt, um durch Erlaß osteuropäische Länder zum Beitritt in die EU zu ködern.

Die innere Staatsverschuldung der DDR war 1989 wesentlich geringer als die der BRD. Sie betrug (umgerechnet auf Euro) annähernd 1.800 Euro je Kopf der Bevölkerung. Das waren 13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die BRD war bereits damals mit (umgerechnet) 8.100 Euro je Kopf der Bevölkerung verschuldet. Heute beträgt die Staatsverschuldung über 80 Prozent und 25.000 Euro pro Kopf.

Die DDR errichtete besonders in den 70er und 80er Jahren annähernd 700 große und kleinere Investitionsobjekte durch Importe aus hochentwickelten Industrieländern. Der Wert dieser Anlagen betrug über 200 Milliarden DM und ging in die »marode« Konkursmasse der DDR ein. Im Unterschied zur heutigen Praxis des Kapitalexportes und des Erwerbs von Anteilen durch ausländische Konzerne gehörte jedoch den Kapitalisten keine einzige Mark an ihrer in die DDR exportierten Anlage. Sie gingen in das Volkseigentum der DDR über und wurden anständig mit Zins und Zinseszins bezahlt – häufig aus den Produkten der Anlagen. Erst mit der Besitznahme des Volkseigentums durch westliche Konzerne fielen auch diese Anlagen der »maroden« DDR-Wirtschaft in privatkapitalistische Hände.

Am 13.11.1989 übernahm Hans Modrow die Regierungsverantwortung. Er übernimmt keine zusammenbrechende Volkswirtschaft, sondern ein mit beherrschbaren Problemen funktionierendes Wirtschaftssystem. Jedoch auch ein Panik-Papier von Schürer, Schalck u.a., das die Zahlungsunfähigkeit der DDR prophezeite. Dem Kabinett Modrow gelingt es, den in den Monaten November 1989 bis Januar 1990 eingetretenen Produktionsrückgang zu stoppen und ab Februar wieder Zuwachsraten von monatlich um zwei Prozent zu organisieren. Angesichts der Abwanderung von über 100.000 euphorisierten Arbeitskräften in den Westen Deutschlands eine große Leistung. Sie war verbunden mit einer stabilen Versorgung. Zu keiner Zeit war eine Bank geschlossen. Im Außenhandel konnte ein Überschuß von 2,3 Milliarden Valutamark erwirtschaftet werden.

Die Stabilisierung der DDR-Wirtschaft gelang ohne ein Spardiktat durch die Regierung,

ohne eine Reduzierung des Lohn- und Rentenniveaus. Im Gegenteil: Die Nettogeldeinnahmen stiegen durch Rentenerhöhung, Erhöhung des Kindergeldes und Lohnerhöhungen in einigen Bereichen. Die Lage änderte sich unter der Regierung de Maizière (CDU) ab 12. April 1990. Unter dem zunehmenden Diktat westdeutscher Politik und Wirtschaft und nach Durchführung der Wirtschafts- und Währungsunion sank die Industrieproduktion im Juli um 35 Prozent. Im August fiel sie unter 50 Prozent des Niveaus von 1989. Das wurde zum Dauerzustand. Bis Ende 1991 war die DDR-Industrie im Wesentlichen »abgewickelt« und hatte mit 35 Prozent ihres Ausgangsniveaus ihren Tiefpunkt erreicht. Über 2 Millionen Arbeitsplätze gingen verloren. 830.000 offiziell registrierte Arbeitslose waren die Folge. Über eine Million Menschen hatten die Flucht in den Westen angetreten.

Von dieser Talsohle ausgehend begann der viel gepriesene »Aufbau Ost«. Von dem Schock der Deindustrialisierung hat sich der Osten Deutschlands bis heute nicht erholt. Nach 25 Jahren erreicht die Industrieproduktion gerade so das Niveau des Endjahres »DDR«. Wirtschaftsleistung und Sozialleistungen stagnieren bei annähernd 70 Prozent Westniveau. Die Bevölkerung ist im Osten um 3 Millionen Menschen geschrumpft und zudem überaltert.

Währungsunion und Treuhand hatten ganze Arbeit geleistet. Das Volkseigentum der DDR wurde so schnell wie möglich in Westhände verscherbelt. 85 Prozent landeten in westdeutschen Händen. Allein die Treuhand machte aus einem anvertrauten Volksvermögen von annähernd 600 Milliarden DM durch überstürzte Privatisierung, persönliche Bereicherung und kriminelle Machenschaften einen Verlust von 250 Milliarden. Das gesamte Volksvermögen der DDR lag aber wesentlich höher. Es wird von Ökonomen in Ost und West mit annähernd 1,5 Billionen DM beziffert – vor allem Grund und Boden, Seen, Wälder eingeschlossen. Bauernland wurde in Junkerhand zurückgeführt. Westliche Politiker hatten voll erkannt, daß die Überführung von Volkseigentum in private Hände die Grundvoraussetzung war, um das sozialistische Gesellschaftssystem der DDR in ein kapitalistisches zurückzuverwandeln.

***Klaus Blessing, Berlin***



Donnerstag 1. Oktober 2015

Copyright © 2007 Zeitung vom Lëtzebuenger Vollek | [Startseite](#) | [Impressum](#) |